

Bezirksstagnung

der Hausbesitzer des Bezirks Großenhain-Niela im Verbands Sächsischer Hausbesitzer-Vereine.

Gestern, Sonntag, nachmittags fand im Höpferischen Saale die Bezirksstagnung der Hausbesitzer des Bezirks Großenhain-Niela statt, zu der sich die Hausbesitzer und deren Frauen sehr zahlreich eingefunden hatten. Der Tagung war eine Vorstandssitzung vorausgegangen. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden des Hausbesitzer-Vereins Alt-Niela, Herrn W. Krippstadt, nahm der Bezirksvorsitzende, Herr Hermann Danke-Großenhain, Gelegenheit, des verstorbenen langjährigen Vorstandsmitglieds Herrn Privatrat Georg Mühlhans ebendort Dankes für seine treue Mitarbeit. Nachdem er den Erschienenen für das so zahlreiche Erscheinen dankte, teilte er der Versammlung mit, daß der für heute vorgesehene Referent, Herr Saurat Paul-Dresden, sein Erscheinen zur heutigen Tagung trotz bestimmter Zulage abgelaßt habe und wies, unter Kennzeichnung dieses eigenartigen Verhaltens, darauf hin, daß dies nicht das erste Mal sei. Er legte der Versammlung nahe, sich künftig darnach einzustellen.

Herr Bezirksvorsitzender Danke nahm nunmehr das Wort, um sich über die bevorstehenden Reichstagswahlen und die Haltung der Hausbesitzer zu derselben zu verbreiten. Sie wissen alle, so führte Redner u. a. aus, daß der nunmehr aufgelöste Reichstag vor kurzem nach Hause geschickt worden sei und Sie wissen auch, aus welchen Gründen. In die Hausbesitzer trete nun die hochwichtige Frage, wen wählen wir? Es gelte hier, äußerst vorsichtig zu Werke zu gehen und reiflich zu prüfen, in wessen Hände die Hausbesitzer die tatsächlichen und wirklichen Vertreter ihrer Interessen zu suchen haben. Der Hausbesitzer sei zuerst nach der einseitigen Stand, der unter dem Druck der Zwangswirtschaft schwache und geknechtet werde. Noch heute sei der Hausbesitzer der Anker der Regierung. Und es gelte, sich gegen diese beispiellose Ungerechtigkeit zu regen. Der Vortragende beleuchtete dann kritisch die in Deutschland eingeführte Mietzinssteuer, die durch die erlassenen Bestimmungen ihren Zweck, der Wohnungsnot zu wehren, völlig verfehlt, denn von den zu erhebenden 27 Prozent Mietzinssteuer würden nur 7 Prozent zu Wohnungsbauten verwendet, während 20 Prozent Reich und Staat für sich in Anspruch nehmen. 40 Prozent der Friedensmiete stiehe dem Hausbesitzer zu, wovon aber bekanntlich ungefähre 22 Prozent für große und laufende Instandhaltungsarbeiten verwendet werden müßten. Die durch das Reichsmietengesetz den Hausbesitzern aufgewungene Bevormundung sei eine einschneidende rechtswidrige Maßnahme. Auch die Reichsrenten hätten feinerseit für dieses Gesetz gestimmt. Man wolle ihnen aber heute keinen Vorwurf machen, denn bekanntlich sei in den letzten Jahren auf dem Gebiete des Wohnungswesens wenigstens eine leichte Besserung eingetreten. Redner wandte sich im weiteren dem Siedler-Wohnungsnot an. In Beispielen erläuterte er, wie in Mietverhältnissen bestige gegen jede Erhöhung der Wohnmieten aukturiert würde, da man unter den obwaltenden Verhältnissen keinen Pfennig mehr zahlen könne. Im trafen Widerspruch hierzu stiehe der Siedler-Wohnungsnot, der jetzt von denselben Renten mit bedeutend höheren Geldanforderungen durchgeföhrt werde. Ein Siedlerhaus koste beispielsweise 10000 Mark. Das als Kaufsumme benötigte Geld werde mit 3 Prozent Verzinsung und 2 Prozent Amortisation zur Verfügung gestellt, so daß der Siedler die Wohnung nicht weniger als rund 600 Mark koste. Diese Tatsache kennzeichne den großen Widerspruch gewisser Mieterkreise. Herr Danke ging sodann auf das Wohnungsproblem der Stadt Großenhain ein und gab verschiedene Anregungen, die er als Stadtvorordneter und in seiner Tätigkeit als Mitglied des Wohnungsausschusses gesammelt habe. Zur Reichstagswahl gelte es, der Partei die Stimme zu geben, die in ihrem Wahlvorschlage an aussichtsreicher Stelle Männer eingesetzt habe, die Gewähr bieten, dafür einzutreten, daß die jetzigen unhaltbaren Zustände beseitigt werden, und das sei die deutschnationale Partei. Sie habe an zweiter Stelle einen ausgezeichneten Vertreter des deutschen Hausbesitzes gestellt. Man müsse sich davor hüten, nicht noch mehr Gruppen und Gruppen zu schaffen. Leider sei bei der bevorstehenden Reichstagswahl wiederum eine erhöhte Zersplitterung zu erwarten. Nur wenn genügend Vertreter des Hausbesitzes vorhanden seien, könnten dessen Interessen vertreten werden. Redner bat wiederholt, größte Vorsicht walten zu lassen und keine Stimme in den „Papierkorb“ zu werfen. Der Kreis Leipzig stelle sich geschlossen hinter ihren ersten Führer. Geben auch Sie Ihre Stimme Ihrem Führer! Der Vortragende schloß, wir haben die Pflicht, Sonderinteressen beiseite zu schieben und nur unsern Führern zu vertrauen. Nicht Parteimänner schicken wir in den Reichstag, sondern deutsche Männer, die die Wirtschaft vertreten. Darum wählt deutschnational — dort stehen unsere Führer!

Als zweiter Redner behandelte Herr Rittergutbesitzer Major von Minckwitz das Thema: „Wohnungsnot und deren Abban.“ Er leitete seine Ausführungen ein mit den Worten: Die Welt, die fremde, lobnt mit Fränkung — Was sich umwerben, ihr gelüßt; — Das Haus, die Heimat, die Behdrängung. — Die sind das Glück und sind die Welt. — Wenn wir deutsche Städte und Orte durchleben, so fuhr Redner fort, müssen wir erkennen, daß heranwachsende deutsche Männer und Frauen vielfach nicht menschenwürdig untergebracht sind. An der Art der Wohnungen erkenne man die sittliche Kultur des Volkes. Wenn im geschäftlichen Leben für einen Artikel die Nachfrage größer sei, als das Angebot, so sei die einzige Abhilfe, die Produktion dieses Artikels zu steigern, denn dieser Artikel, der zur Lebensnotwendigkeit gehört, müsse eben geschaffen werden. Es grenze an Wahnsinn, die noch in kleinen Mengen vorhandenen Vorräte zu beschlagnahmen und nach der Ansicht Einzelner zu verteilen. Durch dieses Verfahren könne keine Abhilfe oder gar Beseitigung des Uebelstandes erzielt werden; also nur durch Steigerung der Produktion, nicht durch Beschlagnahme und Zwangswirtschaft des zu wenig vorhandenen Vorrates. Da der Staat aber eingegriffen habe, treffe ihn die Verantwortung und Schuld. Auf die Frage, wie kann der Wohnungsnot mit Erfolg gekämpft werden, antwortete Redner, daß es hierzu zwei Möglichkeiten gebe. Die erste Möglichkeit sei, die Zwangswirtschaft vollständig zu beseitigen. Der Ruf nach Freiheit von 1918 sei schmäblich in den Schmutz getreten worden. Die zweite Möglichkeit sei, alle in die freie Wirtschaft eingefügten Teile zu beseitigen. Wie hätte aber der Staat, der einmal eingegriffen, Abhilfe schaffen können? Redner erinnerte hier an seine Tätigkeit während der Kriegsjahre und erläuterte an Beispielen, wie er nach vorheriger Anfertigung von Bekleidungen in kürzester Zeit vierzig große Normal-Kriegsuniformen unter seiner Leitung habe aufbauen lassen. Dieses Vorgehen müßte sich auch das Reich zunutze machen und deutsche Normalhäuser bauen, wie sie das Bedürfnis fordert — hygienisch und praktisch. Es müßten hierbei Erwerbslose zu beschäftigen werden, daß produktive Werte geschaffen würden. Dabei würde vielen, die gern arbeiten möchten, Beschäftigungsmöglichkeit und Verdienst geschaffen. Diejenigen, die nicht arbeiten wollten und die Arbeitslosenunterstützung als Prämie für ihre Faulheit erhielten, müßten zur Arbeit gezwungen werden. Die Gemeinden müßten geeignete Bauplätze zur Verfügung

stellen. Die Arbeitslosen könnten dann im Winter zu Arbeitskolonnen zusammengestellt werden und die Landwirtschaft würde an Stelle der Zwangsarbeiter gern eine produktive Steuer leisten, insofern, als sie in den Wintermonaten bereits die Einfuhr des Baumaterials erledigen würde. Das Holz müßte aus kanadischen Wäldern entnommen werden oder eventuell durch Unteilung von Forsten und spätere Rückgabe beschafft werden, damit Läden, Fenster usw. angefertigt werden könnten. Die gedachten Häuser würden nach einem Muster im Sinne des Heimatschutzes erbaut werden können. An Stelle der Freifahrarten für gewisse Abgeordnete müßten kostenfreie Bahntransporte für gemeinnützige Zwecke gewährt werden. Die Kohlen dürften nicht erst durch Konvois verteuert werden; sie müßten den Hiesigen direkt zugeführt werden! Bei dem gedachten Plane würden sich auch Gelegenheiten zum Umlernen von Berufen für Kriegsbeschädigte bieten. Wenn dann während des Winters die Vorarbeiten erledigt worden seien, könnte, sobald es die Verhältnisse auf geeignete Witterung erlauben, mit dem Baue begonnen werden. Im besetzten Gebiet sei unter dem Zwange der Gewalt gebaut worden, bei uns erfordere es der Mangel des Holzmaterials gegen unsere Volksgenossen. Durch die obigen Maßnahmen würde obendrein die Verrohung sehr eingebremst werden. Den vielen undurchführbaren Versprechungen von Siedlungsbauten stiehe hier die wirkliche Tat des Schaffens und Gelbens gegenüber. Außerdem sei die Sache billig, da nur eine Zeichnung und zur Leitung des ganzen Programms nur ganz wenige, aber energische Beamte notwendig seien. Im Ausland habe man diese Methode verwirklicht. In Saloniki zum Beispiel seien seit einem früheren Flugplan 18000 Häuser nach oben gekennzeichnetem Muster erstellt worden. Beweis ein nicht zu unterschätzendes Mittel zur Lösung der Wohnungsnot! Von den deutschen Verhältnissen müßte behauptet werden, daß die jetzigen Macht-haber sie nicht bedenken wollen. Mit Absicht werde von den Sozialdemokraten der Wohnungsmangel zum Klassenkampfe ausgewertet gegen den sogenannten Kapitalismus. Man müsse der Meinung sein, wenn der Wille da wäre, würde mit einem Schläge Befriedigung auf dem Wohnungsgebiete geschaffen werden können. Redner schloß seine sehr beifällig aufgenommenen Ausführungen mit dem Hinweis auf die Art der finanziellen Verwaltungen im dem oben im obigen Sinne erstellten Bauten. Aus den Plänen der Erwerbslosenunterstützung müßten zunächst Mittel zur Verfügung gestellt werden. Je nach Lage der Verhältnisse könnten die Gelder durch Amortisierung oder schließlich durch Verkauf der erstellten Bauten dem Reiche später wieder zuzuführen.

Herr Bezirksvorsitzender Danke dankte Herrn Major von Minckwitz für seine trefflichen Ausführungen. Er wies auf den Umbau des Großenhainer Flugplatzgebäudes und auf den Umbau des Zeitbühnen Vorabendlagers hin und betonte, daß die Möglichkeit vorhanden sei, den vom Vortragenden erläuterten Gedanken in die Tat umzusetzen.

Anstelle des nichterschiienenen Herrn Saurat Paul ergriff Herr Bezirksvorsitzender Danke-Großenhain nochmals das Wort. Seine Ausführungen bezogen sich im großen ganzen auf die allgemeine Lage des Hausbesitzers. Er erinnerte wiederholt daran, daß die Regierungsparteien an den heutigen Verhältnissen nicht allenthalten die Schuld treffe. Die zuständigen Ausschüsse hätten gearbeitet, leider habe man davon wenig erfahren. Man war dabei, das Reichsmietengesetz aufzuheben. Wählten die Hausbesitzer bei den bevorstehenden Reichstagswahlen falsch, dann sei es um sie geschehen. Es müßte jetzt nachgeholt werden, was verdrängt worden sei. Neben der Forderung auf Aufhebung des Reichsmietengesetzes müßte von den Hausbesitzern eine angemessene Erhöhung der Mietzinssteuer erstrebt werden. Der ehemalige sächsische Ministerpräsident Reigner habe es fertig gebracht, alle Forderungen der Hausbesitzer dem damaligen Finanzministerium zu übergeben. Die Wünsche und Forderungen seien unberücksichtigt geblieben. Durch die heutige Vertretung im gegenwärtigen Finanzministerium seien die Aussichten auf Erfolg etwas bessere. Redner besprach dann das Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter und betonte, daß es auch in den Kreisen der Mieter einsichtsvolle Personen gebe, die die Forderungen der Hausbesitzer zu Recht anerkannten. Er vertrat die Meinung, daß der Mieter, der ja im Besitze einer Wohnung sei, nicht nötig habe, sich zu organisieren; ein Recht zur Organisation habe nur der Wohnunglose. Redner schilderte dann die Verhältnisse, die auf dem Gebiete der Wohnungsuchenden immer mehr Platz griffen und erläuterte an Beispielen, daß die Zahl der Wohnungsuchenden in übertriebener Weise in die Höhe geschraubt würde. Durch genaue Prüfung habe das sog. Wohnungsbedürfnis ein ganz anderes Gesicht bekommen. 6 Prozent aller Wohnungsinhaber wohnen räumlich mangelhaft, während 5 Prozent in traurigen Buden untergebracht seien. Durch das Mietengesetz seien Mieter und Vermieter unter Vormundschaft gesetzt. Wäre es nicht für beide Teile besser, diesen Zustand zu beseitigen? Der von Mieterseite befristete Vertrag in bezug auf Wohnungsmiete würde nicht eintreffen; jeder unberechtigten Erhöhung könnte durch gesetzliche Mittel vorgebeugt werden. Aber jeder Mensch habe Pflichten und Rechte, und wer keine Pflicht erkennt, habe auch keinen Anspruch auf Rechte. Die Mieter, die keine Miete bezahlen, hätten auch kein Recht, eine Wohnung zu erhalten. Durch die jetzige Einstellung der zuständigen Stellen habe der Hausbesitzer einige Erfolge erzielt. Demjenigen, der 2 Monate mit der Miete in Rückzahlung reue, könne, ohne daß ein anderer Raum zur Verfügung gestellt werde, die Wohnung anverkauft werden. Redner bemerkte sodann, daß in Großenhain ein sächsischer Fonds gegründet worden sei, der den Hausbesitzern bei Hausreparaturen teilweise zur Verfügung stehe. Auch die Nielscher Hausbesitzer müßten immer wieder Vorkühse bei ihren Vertretern im Stadtparlament unternehmen, daß eine ähnliche Einrichtung auch in Niela getroffen werde. Durch feste Organisation müße es auch in Niela der Hausbesitzer durchsetzen können. Man könne erwarten, daß auch auf dem Baumarkte eine baldige Besserung eintreten werde, da auch die Baumgeschäfte und die sonstigen einschlägigen Gewerbe nicht länger untätig sein wollten und könnten. Redner schloß mit der Hoffnung, daß die Regierung endlich mit der einseitigen Belastung und Anechtung des Hausbesitzers Schluss machen werde und die Zwangswirtschaft auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens beseitigen wird.

An die Referate schloß sich eine ziemlich umfangreiche Aussprache an, in der aus der Mitte der Versammlung vielerlei Anfragen gestellt und Aufklärungen erteilt wurden. Es wurden u. a. Reinigungsverschleidenheiten und Differenzen, die bei steuerlichen Verhandlungen mit den Finanzämtern zutage getreten seien, erörtert. Hierzu gab der Bezirksvorsitzende mancherlei Fingerzeige, die bei Reinigungsverschleidenheiten auf diesem Gebiete mit Erfolg angewendet werden könnten. Einen breiten Raum der Aussprache nahmen mehrere vorgebrachte Beschwerden über verschiedene vermeintliche ungerechte Anforderungen durch das Baupolizeiamt ein. Der Bezirksvorsitzende beantwortete auf die Anfragen in ausführlichen Darlegungen. Er wies insbesondere darauf hin, daß der Hausbesitzer sich bei allen Maßnahmen, die durch das Baupolizeiamt angefordert werden, zunächst an das Baupolizeiamt wenden müßte. Der unmittelbare Hausbesitzer sei zur Behebung von Grundstückschäden nur verpflichtet, soweit ihm die 22 Prozent aus der Aufwertungssteuer zur Verfügung der Reparaturen zur Verfügung stehen. In der Hausbesitzer in der Lage, so muß

er enthaltene größere Schäden beheben lassen und die Kosten hierfür nach und nach dem ihm zuzurechnenden Steueranteil entnehmen. Werde vom Baupolizeiamt eine Wohnung als ungeeignet bezeichnet, so müße dies entweder die Räumung der Wohnung veranlassen oder dem Hausbesitzer die erforderlichen Mittel zur Ausbesserung derselben zur Verfügung stellen. Die Hausbesitzer könne niemand zwingen, wenn ihm kein Geld für bezahlte Arbeiten zur Verfügung stehe. — Auf eine Anfrage, ob die Einführung einer Feuer-Versicherung in Niela, die bekanntlich der Hausbesitzer zu tragen habe, bemerke der Bezirksvorsitzende, daß dies ja der Beschluß der Stadtverordneten sei. Dagegen sei zunächst nichts zu machen. Die Bürgererschaft könne höchstens Beschwerde bei der Reichshauptmannschaft einlegen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Zusammenfügung der Nielscher sächsischen Körperschaften erwähnt und betont, daß die Vertreter der Hausbesitzer jederzeit auch die berechtigten Interessen des Hausbesitzers vertreten haben, daß es ihnen aber durch die langjährige Mehrheit des Stadtverordneten-Kollegiums nicht möglich sei, sich durchzusetzen. — Aus der Mitte der Versammlung heraus wurde bemängelt, daß der Rat der Stadt nicht vertreten sei.

Als Bezirksvorsitzender wurde Herr Danke-Großenhain einstimmig wiedergewählt, der unter Dankesworten und mit der Bitte um weitere tatkräftige Unterstützung das Amt annahm.

Nach einem Schlußwort des Bezirksvorsitzenden, in dem er die Anwesenden aufforderte, die am Dienstag stattfindende öffentliche Wählerversammlung der deutschnationalen Volkspartei zu besuchen, erreichte die anregende Versammlung gegen 5 Uhr ihr Ende.

Vertiliches und Sächsisches.

Niela, den 17. November 1924.

— * Bußtag und Totensonntag. Das Presseamt des Volkspolizeiamts bittet um Abdruck folgender für den bevorstehenden Bußtag und Totensonntag in Bezug auf Unterhaltungsveranstaltungen geltenden Bestimmungen: 1. Tanzveranstaltungen sind am Bußtag und am Totensonntag selbst überhaupt verboten, am Sonnabend vor dem Totensonntag sind sie nur bis nachmittags 6 Uhr gestattet. 2. Konzertmusik ist am Bußtag und am Totensonntag nur insoweit gestattet, als sie dem Ernte der beiden Tagen angepaßt ist. 3. Unterhaltungsmusik in Kaffee-, Bier- und Weinstuben ist am Bußtag und am Totensonntag schlechthin verboten. Auch erste Stühle dürfen in diesen Lokalen nicht gepfeift werden. 4. Theateraufführungen, Puppenspiel- und Kabarett-Aufführungen sind nur insoweit gestattet, als erste Stühle geboten werden.

— * Vermischt. Seit der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag wird der 1882 geborene Schiffselger Hellmuth Schnell vermisst. Er war bis nachts gegen 1 Uhr in Wefers Restaurant und hat sich von dort mit einem jüngeren Manne entfernt. Seitdem fehlt von ihm jede Spur. Er ist ungefähr 1,80 m groß, mittlerer Gestalt, hat dunkelgraues Haar, ebensolche Augenbrauen, dunkelblaue Augen und blonden Schnurrbart. Er spricht plattdeutsche Schiffersprache. Bekleidet war er mit Wollengewebe mit Samitragen, besag. Jackett und Weste, schwarz-grüner gestreifter Hose, blauem Hemd, schwarzen Strümpfen, schwarzen Schuhen, weißem Hemd, das mit O. S. bezeichnet ist. Er hatte einen ungefähren Geldbetrag von 350 Mark bei sich. Es wird angenommen, daß ihm ein Unfall zugefallen ist. Trauerbeweise sachdienliche Wahrnehmung wolle man der Polizei melden.

— * „Jesus“, Oratorium von Paul Bläser. Für das am Bußtag nach, in der Trinitatiskirche zur Aufführung gelangende Werk erscheint an anderer Stelle dieser Nummer eine allgemeiner verständliche Einführung. Im übrigen sei noch darauf hingewiesen, daß die Kirche auf gebietet ist und die Aufführung der Solisten des Chores und Orchesters auf dem Altarplatz erfolgt, so daß alle Plätze der Kirche gut gelegen sind. (Siehe auch Inzerat)

— * Die Reichstagswählerlisten liegen nun vom 16. bis mit 23. d. Mts. zur öffentlichen Einsicht aus. Jeder prüfe nach, daß sein Name in der Wählerliste verzeichnet steht. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß der, dessen Name am Wahltag in der Liste fehlt, nicht mit wählen darf.

— * Von den Lichtspielhäusern. Jedem, der den Fox-Film „Mutter“ gesehen hat, ist die Kunst der Mary Carr, dieser unerreichten amerikanischen Künstlerin, ein unvergessliches Ereignis gewesen. Alle ihre Freunde und Verehrer haben Gelegenheit, diese Meisterin der Film-darstellung in einer neuen bedeutenden Rolle zu bewundern. In dem Film „Die Ärztlerin“ spielt Mary Carr eine gelähmte alte Frau, die alle ihre Empfindungen und Gefühle nur durch die Sprache ihrer Augen vermitteln kann. Ihre Gabe ist eine Hölle. Ihr Mann ist ein verkommenen Spieler, der es mit allen Mitteln versucht, die Tochter seinen Zwecken gefügig zu machen. In einer Szene aufregendster Dramatik findet der Unhold sein schmäbliches Ende. Wahnsinniger Schreck löst die gelähmten Glieder der alten Frau, deren stiller Lebensabend von dem Glücke der Kinder erebht wird. Die Freunde meisterhaft geklimter Sportleistungen werden im Rahmen eines gewaltigen Wettkampfs das Gesuchte finden. Der Realismus und das fortwährende Tempo dieser Aufnahmen reichen an das historische Wagenrennen der „Königin von Saba“ heran. Ueberdies bietet dieser Film eine Reihe unübertrefflicher Situationen, die in den Fluten der Niagarafälle aufgenommen wurden. Das Filmwerk läuft am Bußtag, 17. Inzerat, im U. Z. (Goethestraße) und gleichzeitig auch im Zentraltheater Göbba.

— * Die amtlichen Stimmzettel zum 7. Dezember. Bei der kommenden Reichstagswahl gibt es bekanntlich nur amtliche Stimmzettel, da es dem mit Einführung der amtlichen Stimmzettel verfolgten Zwecke widersprechen würde, wenn den Parteien gestattet würde, den amtlichen Stimmzettel nachzubilden, um ihn mit einer entsprechenden Eintragung an ihre Anhänger zu versenden. Mit den Wahlvorschriften ist es nicht vereinbar, die amtlichen Stimmzettel gegen Kostenerlag an die Parteileitungen auszugeben, damit der Stimmzettel außerhalb des Abstimmungsraumes parteimäßig hergerichtet werden kann. Die Stimmzettel für den Reichstag tragen den Aufdruck „Reichstagswahl“. Die Nummer des Wahlkreises wird nicht aufgedruckt, um Verwechslungen mit den Nummern der Wahlvorschlüge vorzubeugen. Die Wahlvorschlüge der einzelnen Parteien werden nicht wie bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 in neben- und untereinander liegenden Feldern aufgeführt, sondern in Querstreifen untereinander gestellt. Unmittelbar unter dem Kopf der Stimmzettel folgen die Kreiswahlvorschlüge untereinander. Für die Reichstagswahl werden Unterschiede zwischen Kreiswahlvorschlügen solcher Parteien gemacht, die Abgeordnete in den letzten Reichstag entsandt haben und den übrigen Kreiswahlvorschlügen. Sofern ein Kreiswahlvorschlüge dem Kreiswahlvorschlüge einer Partei angehängt ist, die Abgeordnete in den letzten Reichstag entsandt hat, erhält der Kreiswahlvorschlüge die Nummer dieses Kreiswahlvorschlüges. Die Nummernfolge der Kreiswahlvorschlüge des Reichstags vertretenen Parteien ist die Wahl am 7. Dezember ist schon festgelegt.

— * Missionenabend im Stadttel Göbba. Am Bußtag, 17. Uhr abends, findet der bereits angekündig-